Antrag P1

Antragsteller*in:
Antragstellende Kreisverbände:

KV Calw-Freudenstadt; KV Bodenseekreis; KV Reutlingen; KV Tübingen; KV Karlsruhe; KV Pforzheim; KV Ravensburg; KV Waldshut; KV Freiburg; KV Ulm; KV Heidelberg/Badische Bergstraße; KV Mannheim; KV Stuttgart; KV Konstanz; KV Schwäbisch Hall/Hohenlohe; KV Göppingen
Antragstellende Einzelpersonen:
Sander Frank (Delegierter); Patrick Schorer (Mitglied im Landesvorstand); David Rizzotto (Delegierter und Mitglied im Landesvorstand); Isabell Fuhrmann (Delegierte, Mitglied im Landesvorstand); Aynur Karlikli (Mitglied im Landesvorstand); Utz Mörbe (Mitglied im Landesvorstand); Kim Sophie Bohnen (Mitglied im Landesvorstand); Amelie Vollmer (Mitglied im Landesvorstand); Katharina Poppei (Delegierte); Mersedeh Ghazaei (Delegierte); Sebastian Stark (Delegierter); Martin Auerbach (Delegierter); Nina Eisenmann (Delegierte); Marcel Bauer (Mitglied des Landesvorstands und MdB); Luigi Pantisano (Mitglied des Landesvorstands und MdB); Anne Zerr (Delegierte und MdB); Johannes Schmidt (Delegierter); Sabine Skubsch (Delegierte); Jürgen Creutzmann (Delegierter); Hans Then Díaz (Delegierter); Rudolf Bürgel (Delegierter); Elwis Capece (Landessprecher); Mirko Boysen (Delegierter)
Weitere Unterstützer*innen:
Ellena Schumacher Kölsch; Saltanat Abduvaliev; Marvin Weiß; Sarah Schnitzler; Jessica Knapp; Ursel Beck; Thomas Walz; Tim Wetzel; Vinzenz Glaser (MdB); Helena Pantilidis (Kreissprecherin KV Freiburg)

Diäten deckeln, Mandatszeit begrenzen: Die Linke als glaubwürdige Anti-Establishment-Partei stärken!

Die 3. Tagung des 9. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg der Partei Die Linke möge beschließen:

1. Der Landesverband Baden-Württemberg erwartet von allen Landtags- und Bundestags-Mandatsträger*innen im Landesverband Baden-Württemberg der Partei Die Linke, ihre Abgeordnetendiät in Anlehnung an den Durchschnittslohn des jeweiligen Vorjahres (derzeit 2.950€ netto monatlich) zu deckeln.[1]

2. Der darüber liegende Betrag wird nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben, erhöhten Beiträgen politischer Vereinsmitgliedschaften, individuellen Familien- und Kinderkosten (siehe Punkt 6) sowie Abgaben an die Partei für die politische Arbeit vor Ort; Sozial- und Bewegungsfonds oder andere Projekte gegeben, die den Zielen der Partei dienen, linke Strukturen aufzubauen und den gesellschaftlichen Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu stärken.

[1] Quelle: https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Branche-Berufe/_inhalt.html

3. Längerfristig beauftragt der Landesparteitag den Landesvorstand ein Konzept für einen landesweiten Sozial- und Bewegungsfonds zu entwickeln, sodass die Ressourcen für die politische Arbeit aller KVs und nicht nur derer der Mandatsträger*innen zugänglich sind.

4. Die baden-württembergischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten sollen die Kostenpauschale nicht als zweites Gehalt verwenden, sondern zur Finanzierung von Wahlkreis- und Regionalbüros in unserem Landesverband, für die politische Arbeit und mit dem Mandat verbundene Mehraufwendungen. Die Mandatstragenden stellen gegenüber dem Kreisverband Transparenz her und legen mindestens einmal jährlich Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ab.

5. Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, noch vor der Landtagswahl in Absprache mit den Kreisverbänden und Kandidierenden festzulegen, welche Büros im Falle eines Einzugs in den Landtag in welcher Reihenfolge eröffnet werden sollen.

6. Mandatstragende mit Ehe- und Lebenspartner*innen sowie Kindern bis 18 Jahren nach individuellen Bedürfnissen einen zusätzlichen Betrag für Sorgearbeit der Lebenspartner*innen (falls sie durch das Mandat ihre Arbeitszeit zur Kinderbetreuung reduzieren müssen) und Kinderbetreuungskosten zuzusprechen. Dies gilt ebenfalls für zu pflegende Angehörige. Auch bei Mandatstragenden, die aus verschuldeten Familien oder Familien mit stark eingeschränkten finanziellen Mitteln kommen, werden entsprechende Ausnahmeregelungen getroffen. Die Höhe wird entsprechend der jeweiligen sozialen und familiären Situation individuell in Absprache mit dem Landesverband definiert. Über die Höhe des zusätzlichen Beitrags ist Einvernehmen mit dem Landesvorstand herzustellen. Es wird darauf geachtet, dass es diskriminierungssensible Lösungen für Mandatstragende gibt.

7. Die zukünftige Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Abgeordneten keine Funktionszulagen für Ämter wie Fraktionsvorsitz, stellvertretenden Fraktionsvorsitz oder parlamentarische Geschäftsführung in der Landtagsfraktion bereitzustellen.

8. Als Landesverband bekennen wir uns zur Mandatszeitbegrenzung auf zwei Legislaturperioden und erwarten dieses Bekenntnis auch von unseren Landtags- und Bundestagskandidierenden und -abgeordneten.

Begründung des Antrages:

Die Linke versteht sich als politische Vertretung der Klasse der Arbeitenden, der Rentner*innen, der Besitzlosen - all jener die unter Ausbeutung und Unterdrückung durch das kapitalistische System leiden. Als Mitglieder der Linken streiten wir für eine gerechtere Gesellschaft

und ein gutes Leben für alle. Unsere Abgeordneten haben dabei eine herausgehobene Stellung innerhalb des demokratischen Systems der Bundesrepublik. Sie haben Zugriff auf politische Macht über den Landtag, ihnen stehen erhebliche finanzielle Ressourcen zur Erfüllung unseres Mandats zur Verfügung und die Medienöffentlichkeit ist grundsätzlich geneigter ihren Worten Gehör zu verschaffen. Zusammengefasst: Sie haben verglichen mit anderen Jobs erhebliche immaterielle Privilegien und verglichen mit normalen Parteimitgliedern erhebliche politische Macht.

Als Linke lehnen wir die hierarchische Gliederung der Gesellschaft in Herrschaftseliten und Beherrschte ab. Wir arbeiten in den Parlamenten, um innerhalb des Systems für eine Demokratisierung der Verfügungsgewalt über unser aller Leben zu kämpfen und Perspektiven für eine Gesellschaft jenseits von Ausbeutung & Unterdrückung zu entwickeln. Die Arbeit im Parlament und mit der Partei ist dabei ein großes Privileg, eine große Verantwortung und mitunter auch eine große Belastung.

Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir wollen außerdem, dass unsere Mandatsträger*innen nicht nur die Lobby der arbeitenden Menschen im Parlament sind, sondern Teil der arbeitenden Klasse und in ihr verankert. Wir sind uns bewusst, dass die Mechanismen des Parlamentarismus zu einer Entkoppelung vom Leben der arbeitenden Menschen führen. Es ist ein strukturelles Problem des Parlamentarismus und kein individuelles Versagen von Mandatsträger*innen, wenn die Logik der Sachzwänge und der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in den Fokus gedrängt – und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, das Erkämpfen von realen Verbesserungen durch gesellschaftlichen Druck und der Aufbau von sozialistischer Gegenmacht von unten aus dem Blick verdrängt werden. Eine Mandatszeitbegrenzung schützt uns kollektiv und unsere Mandatsträger*innen im Einzelnen vor diesem Prozess der Verparlamentarisierung.

Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Das Recht auf ein gutes Leben schließt auch diejenigen ein, die den Großteil ihrer Lebenszeit auf die politische Tätigkeit verwenden. Der Aufwand, der mit der Erfüllung eines politischen Mandats einhergeht, darf nicht dazu führen, dass sich die Lebenssituation der Menschen, die es übernehmen und ihrer Familien verschlechtert. Gleichzeitig darf die Aufnahme eines politischen Mandats aber keine Aufwertung des eigenen Lebensstandards über den gesellschaftlichen Durchschnitt hinaus absichern. Die Mandatstragenden sollten in der Ausübung ihres Mandats zwar unabhängig von finanziellen Nöten sein, aber sie dürfen auch nicht vom Mandat abhängig werden. Wir entscheiden uns daher gemeinsam zu einer individuellen Begrenzung der Abgeordnetendiäten. Dabei orientieren wir uns am Durchschnittsnettolohn in der Bundesrepublik und berücksichtigen die individuelle Lebenssituation.

Durch die Gehaltsdeckelung streiten wir gemeinsam und für die Bevölkerung glaubwürdig für ein gutes Leben für alle und machen deutlich, dass wir Politik anders machen wollen. Durch die Mandatszeitbegrenzung stellen wir sicher, dass sich unsere Abgeordneten nicht als Berufspolitiker*innen im Parlament verlieren, sondern fest verankerter Teil der arbeitenden Klasse bleiben. Gemeinsam leben wir heute eine andere Politik – damit wir morgen gemeinsam eine bessere Welt erkämpfen können!